

MITTELAMERIKA-
AIB

FÜR DAS RECHT
DER VÖLKER AUF

SELBSTBESTIMMUNG
UND FRIEDEN



Inhalt:

Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“

(18. – 21. März 1982 in Münster)	17 – 20
Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“	19
Die Zentralamerikapolitik des Westens	21 – 34
Luis de Sebastian: Es gibt nur eine Intervention in Mittelamerika	21 – 22
Roger Wurbach: Zwei Traditionslinien in den USA	22
José Pasos: Nur die Einheit führt zum Sieg	23
James Wall: Kirchen gegen die Einmischung in Mittelamerika	23
Heintz Dieterich: Die US-Intervention findet bereits statt	30
Wolf-Michael Catenhusen: Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!	31
Dieter Boris: Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung	32 – 33
Bernd Paeschke: Christliche Solidarität – mit den Bischöfen oder dem Volk?	33 – 34
Mario Rodriguez: Uns eint mehr als uns trennt!	34
Eduardo Galeano: Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk	35 – 37



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos. 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/Main oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto Nr. 9660.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: N. Biver, K. D. Fischer, U. Eymann, S. Gothe, P. Grund, C. Klotz, H. Mayer, U. Rupp, H. E. Schäfer, G. Schmidt-Bollmann, B. Weng, E. Yekebas

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.
 Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Anzeigen: Verlag pläne, Roederberg, Moderne Zeiten, Unsere Zeit, rote blätter, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika,



Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982 u.a.:
 Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Umfrage: Frieden und Befreiungskampf – Ein Gegensatz?
Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US- Intervention in Zentralamerika“ 18.-21. März 1982 in Münster



Seit Vietnam und Chile hat es keine so starke Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik mehr gegeben. Dies wurde deutlich, als am 13. März d.J. 25.000 bis 30.000 Menschen in Frankfurt gegen den Interventionismus der USA in Mittelamerika und der Karibik demonstrierten, und als sich vom 18.-21. März 1982 in Münster etwa 1.700 Teilnehmer zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“ einfanden.

Während die Vietnam-Bewegung erst breiteste Kreise erfaßte, als die Kriegseskalation der USA in Indochina 1971-73 ihren Höhepunkt erfuhr, hat die Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika bereits jetzt – also vor einer möglichen regionalen Kriegseskalation oder einer Invasion der USA – Massencharakter angenommen, ist sie hierzulande zu einem politischen Faktor geworden. In den USA selbst, wo das „Vietnam-Syndrom“ von konservativer Seite bereits für überwunden erklärt wurde, hat die Antiinterventionsbewegung einen eher noch stärkeren Aufschwung angenommen.

„Kein neues Vietnam“ zulassen!

Gerade in der dortigen, von den Erfahrungen des Vietnamkriegs am stärksten sensibilisierten Öffentlichkeit wächst die Befürchtung, die USA könnten – wie einst in Vietnam – durch Ronald Reagans schrittweise Ausweitung der Intervention in El Salvador/Mittelamerika wiederum in einen ähnlichen Krieg „hineingezogen“ werden.

In der Bundesrepublik, dem Hauptverbündeten der USA in Westeuropa, ist die Bewegung gleichfalls unter der Losung „Kein neues Vietnam in Mittelamerika!“ angetreten. Und dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß es auch hierzulande eine wachsende Sensibilität, ein geschärftes Bewußt-

sein für die realen Gefahren gibt, die vom Konfrontationskurs der Regierung Reagan für den Befreiungskampf der mittelamerikanisch-karibischen Völker wie für den Weltfrieden ausgehen.

Die politische Breite dieser Bewegung reicht – ähnlich wie bei der Friedensbewegung – über die antiimperialistische Bündnisse der vergangenen Jahre hinaus. Das machte der Münsteraner Kongreß einmal mehr deutlich.

Er wurde veranstaltet von den Informationsstellen El Salvador (Köln) und Guatemala (München) und dem Informationsbüro Nicaragua (Wuppertal) auf der Grundlage einer von diesen gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erarbeiteten Plattform. Ausrichter war die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika (SSZ, Münster). Darüber hinaus gab es eine Liste von Unterstützern des Kongresses, die über 50 Organisationen umfaßte. Zu diesem Unterstützerkreis gehörten zunächst weitere Solidaritätsorganisationen wie die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Informationsstelle Lateinamerika oder die Christliche Initiative El Salvador (letztere neben dem AStA und dem Institut für Soziologie der Uni Münster gleichzeitig Mitveranstalter des Kongresses).

Unterstützt wurde der Kongreß auch von den Grünen, der SPD (Unterbezirk Münster), der DKP (Kreis Münster/Steinfurt), dem Sozialistischen Büro und verschiedenen Alternativen Listen; sodann von den Bundesvorständen der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und der SDAJ. Desweiteren sind zu nennen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), die Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden, die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschul-

und Studentengemeinden, Evangelische Studentengemeinden sowie eine Reihe weiterer christlicher und Dritte-Welt-Initiativen.

Dieses breite Spektrum brachte selbst den Berichterstatter der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Ernst-Otto Maetzke, etwas aus der Fassung. Es sei, so die Erkenntnis des E.O. Maetzke, eine zu enge Sichtweise, wollte man die „Anstachelung des Antiamerikanismus“ nur mit „der geschickten, zielstrebigem Arbeit moskauhöriger Organisationen in Verbindung“ bringen. Es gebe nämlich – so seine Münsteraner Erleuchtung – „noch andere, ebenso entschlossene Betreiber der gleichen Absicht... Gerade die konfessionellen Sprecher, katholische wie evangelische, gingen auf dem Kongreß mit Gewaltempfehlungen und Gewaltrechtfertigungen gegen die unterstellten amerikanischen Interventionen in Zentralamerika besonders weit. Der Antiamerikanismus kann zu seiner Verbreitung fast ohne Kommunisten auskommen“. (FAZ, 24.3.1982)

Es bleibt freilich FAZ-Geheimnis, wie man auf Antiamerikanismus schließen kann bei der Begutachtung eines Kongresses, zu dessen Rednern mit Roger Wurbach (Universität Ber-



keley) und James Wall (Church World Service) zwei prominente Vertreter der antiinterventionistisch eingestellten Öffentlichkeit der USA selbst gehörten. Wie Roger Wurbach berichtete, findet ein militärisches Eingreifen der USA im El-Salvador-Konflikt nach jüngsten Meinungsumfragen bei 80% aller US-Amerikaner keine Unterstützung. Und James Wall, der seinerzeit sogar für Jimmy Carter in den Wahlkampf zog, informierte darüber, daß die US-amerikanischen Kirchen in ihrer Mehrheit gegen eine Intervention in Mittelamerika eingestellt sind, daß sie für eine Verhandlungslösung und für das Recht der Menschen in der Region eintreten, ihre eigenen Angelegenheiten selbst, ohne Einmischung von außen zu regeln. Wenn es heute um eine Positionsbestimmung in Sachen Mittelamerika geht, dann geht es nicht um Antiamerikanismus, sondern vielmehr darum – wie James Wall sagte – sich nicht abzuschließen von der Mehrheit der US-Amerikaner, die gegen die Intervention ist.

Der Kongreß der Antiinterventionsbewegung in Münster hatte zwei zentrale politische Aufgaben. Einmal war er eine eindrucksvolle Manifestation der Solidarität mit den Befrei-

ungsbewegungen Mittelamerikas und der Karibik, eine Demonstration des wachsenden Widerstandswillens gegen die drohende Ausweitung des US-Militärinterventionismus, der sich gegenwärtig besonders gegen El Salvador, Nicaragua und Kuba richtet. Zum anderen diente der Kongreß der notwendigen Selbstverständigung und Vereinheitlichung innerhalb der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung. Als positiv erwies sich hier, daß in den insgesamt 16 Arbeitsgruppen und auf zahlreichen Foren die Möglichkeit zu umfassender Diskussion bestand. Sie wurde fast durchgängig im Bestreben um Sachlichkeit und auf hohem inhaltlichen Niveau geführt.

Ein Feld lebhafter Diskussion war etwa die Frage des Verhältnisses der Solidaritätsbewegung zur Sozialdemokratie. Das ergibt sich schon aus der wachsenden Aktivität der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika und der sich von den USA abhebenden Position westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien im Mittelamerika-Konflikt. Von daher wird es sowohl für die Befreiungsbewegungen als auch für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung notwendig, die Frage zu beantworten, welche Rolle die Sozialdemokratie als Bündnispartner in der Antiinterventionsbewegung heute spielen kann.

Dabei scheinen die Befreiungsbewegungen weniger Probleme mit der Sozialdemokratie zu haben als Teile der hiesigen Solidaritätsbewegung. Während die Befreiungsbewegungen, in denen wie in El Salvador oder Guatemala teilweise selbst sozialdemokratische Parteien Mitglied sind, die Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in der Region zu allererst als positives Gegengewicht zum Aggressionskurs der Reagan-Administration ansehen, urteilen viele in Westeuropa bzw. der Bundesrepublik aus der Perspektive der eigenen historischen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und ihrer Führung. Oftmals sind dies Erfahrungen mit einer nicht nur sozialpartnerschaftlich-integrationistischen, sondern direkt auf der Seite des Gegners stehenden Kraft gewesen.

Ausgrenzung von Sozialdemokraten?

So erklärt es sich vornehmlich, daß heute in einem durchaus ansehnlichen Teil der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung die Angst verbreitet ist, von der Sozialdemokratie vereinnahmt oder für andere Zwecke funktionalisiert zu werden. Und dennoch ist eine solche Haltung hinderlich für die Entwicklung der Solidaritätsbewegung, weil sie deren Breite unnötig einengt.

Man braucht keinesfalls die Portugal-Erfahrung (den SPD-Beitrag zum Roll Back der portugiesischen Revolution 1974/75) in den Wind zu schlagen oder den Blick für die eigenständigen neokolonialistischen Zielsetzungen der rechtssozialdemokratischen Führungskräfte, die die Sozialistische Internationale dominieren, zu verlieren, wenn man das Bündnis mit Sozialdemokraten in der Solidaritätsbewegung prinzipiell bejaht und darum ringt. Auch eine gönnerhafte, herablassende Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nach der Devise, gegenwärtig sei diese ein „nützliches Instrument“, endet – wie Prof. Dieter Boris (Marburg) auf der zentralen Solidaritätsveranstaltung des Münsteraner Kongresses bemerkte – letztlich in politischem Sektierertum. Engagierte Sozialdemokraten sollten als gleichberechtigte Partner in der Solidaritätsbewegung betrachtet oder für sie gewonnen werden.

Daß hier viele Fragen ungeklärt blieben, liegt indessen nicht nur an verschiedenartigen Berührungspunkten. Es liegt auch daran, daß es sich beim Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt um eine relativ neue Erscheinung handelt und die Untersuchung



Abschlußresolution des Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“

Die Politik der USA richtet sich gegen das Freiheitsstreben der Völker im gesamten zentralamerikanischen Raum und in der Karibik – hier besonders gegen Kuba und Grenada.

Die USA beliefern El Salvador und Guatemala mit modernen Waffen, die unter Anleitung von US-Militärberatern in einem Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung dieser Länder eingesetzt werden. Die Polizei und die Armee von Honduras werden mit Hilfe der USA aufgerüstet. Lateinamerikanische Soldaten, Offiziere und Antiguerilla-Spezialisten werden in den USA und in der Panama-Kanalzone ausgebildet.

Gleichzeitig unterstützen die USA den Aufbau und die Ausbildung von Söldnertruppen gegen die nikaraguanische Revolution auf ihrem Territorium, die sich u.a. aus Ex-Somozisten und konterrevolutionären Kubanern zusammensetzen. Kredite an Nicaragua wurden gesperrt. Internationale Entwicklungsorganisationen werden unter Druck gesetzt, ebenfalls ihre finanzielle Unterstützung zu entziehen bzw. keine neuen Kredite zu bewilligen. Die ständige Interventionsdrohung behindert den Einsatz aller Kräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Kuba sieht sich einem Wirtschaftsboykott und einem bakteriologischen Krieg seitens der USA gegenüber. Marinemanöver der NATO im karibischen Raum stellen für alle anliegenden Länder eine Provokation und Bedrohung dar.

Die Intervention ist bereits Realität. Daß es den USA bisher nicht gelungen ist, eine massive militärische Intervention in Zentralamerika und in der Karibik durchzuführen, ist vor allem ein Erfolg der Entschlossenheit der Völker dieser Länder, Widerstand zu leisten. Wir betonen, daß es auch ein Erfolg der internationalen Solidarität ist. Die Verhinderung der US-Kriegspolitik in Zentralamerika und in der Karibik ist ein Beitrag zur Herstellung des Weltfriedens und damit auch unsere Sache.

Deshalb verurteilen wir aufs Schärfste die interventionistische Politik der USA und fordern:

- keine politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Militärregime in El Salvador und Guatemala;
- keine militärische Unterstützung der Regierungen von Honduras, Kostarika und Kolumbien als Sprungbrett imperialistischer Interessen;
- keine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aktionen gegen Nicaragua, Kuba und Grenada, Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Blockade gegen Kuba.

Unsere Forderungen basieren auf dem Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und sich von Elend und Unterdrückung zu befreien.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich wie schon andere westeuropäische Regierungen von der Politik der USA zu distanzieren und oben genannten Forderungen der US-Regierung gegenüber Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus fordern wir sie auf:

- die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimes in Guatemala und El Salvador abubrechen;
- das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept politischer Lösung unter Berücksichtigung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie dies bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weiteren Staaten der Blockfreien-Bewegung getan haben;
- keine Rückkehr des deutschen Botschafters nach El Salvador;
- verstärkte politische und wirtschaftliche Unterstützung Nikaraguas ohne politische Bedingungen;
- auf die Regierung von Honduras einzuwirken, eine Politik der strikten Neutralität im salvadorianischen Konflikt zu betreiben. Zur Vorbereitung der Aufmarschpläne argentinischer und chilenischer Söldner gegen das Volk von El Salvador von Honduras und Guatemala aus, hat die honduranische Regierung auf Geheiß der US-Regierung Flüchtlingslager von der Grenze ins Landesinnere verlagert. Wir klagen die Bundesregierung an, sich mit 800.000 DM an dieser weiteren Aktion gegen das salvadorianische Volk beteiligt zu haben.

Der Kongreß verurteilt die Beteiligung der Bundesmarine am NATO-Manöver Safe Pass '82 in der Karibik und fordert die Bundesregierung auf, ihre Einheiten zurückzuziehen und sich in keiner Form an weiteren Manövern in diesem Raum zu beteiligen.

Die Interventionspolitik der USA in Mittelamerika und der Karibik provoziert einen militärischen Konflikt von regionaler Weite. Es droht die Gefahr eines überregionalen, wenn nicht sogar weltweiten Konfliktes.

Wir sehen, wie die US-Aggression in Mittelamerika und der Karibik beginnt und können uns vorstellen, wie sie endet, nämlich in Europa.

Wir rufen dazu auf, sich an den geplanten Osteraktionen und der Demonstration am 10.6.1982 in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels zu beteiligen und sich dabei auch die Verteidigung des Friedens in Zentralamerika und der Karibik und die Ablehnung der US-Aggression zu eigen zu machen. Die Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen in Westeuropa gegen den Warschauer Pakt dient auch der Absicherung der NATO-Aggressionspolitik gegen die Dritte Welt die z.B. durch den Aufbau der 100.000 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ vervollständigt werden soll. Die Grausamkeiten, die dort von US-amerikanischen Marionettenregierungen begangen werden, und die Anhäufung von Vernichtungswaffen bei uns ist das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder zur unbestrittenen Weltmacht Nr. 1 zu werden. Bei der strategischen Absicherung dieser Politik der Stärke werden die Lebensinteressen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt und die Menschheit an den Rand eines atomaren Holocaust geführt. Dieser Politik müssen wir unsere internationale Solidarität entgegensetzen.

dieses Phänomens noch am Anfang steht. Mit der Teilnahme prominenter Sozialdemokraten wie Klaus Thüsing oder Wolf-Michael Catenhusen (beide SPD-MdB) und deren konsequenter Parteinahme für den Befreiungskampf setzte der Kongreß jedoch ein Zeichen.

Einen Schritt nach vorn bedeuteten die Diskussionen und Schlußfolgerungen, die auf dem Kongreß über den Zusammenhang von Friedensbewegung und Befreiungskampf gezogen wurden. Nach der Friedensdemonstration der 300.000 am 10.10.1981 in Bonn hatte zeitweilig die – vom eigentlichen gemeinsamen Anliegen der Friedens- und Solidaritätsbewegung wegführende – Auseinandersetzung um das Für und Wider des (nichtgehaltenen!) Redebeitrags des Vertreters der Befreiungsbewegungen dieses Thema überschattet.

In Münster standen zweifelsfrei die grundlegenden Gemeinsamkeiten von Friedens- und Solidaritätsbewegung (siehe auch Umfrage in AIB-Sonderheft 1/1982) im Vordergrund – als Diskussionspunkt in Arbeitsgruppen und auf Foren. Beispielsweise wies Achim Maske vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit bei einer Forumsveranstaltung darauf hin, daß in der Anfangsphase des Ost-West-Entspannungsprozesses zu Beginn der 70er Jahre das Behauptungsvermögen des vietnamesischen Volkes und die weltweite Vietnam-Solidarität einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung der Entspannungspolitik erbrachten. Und dies sei lehrreich auch für die Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika.

Mittelamerika in die Friedensbewegung einbringen!

Heute, zehn Jahre später, sind die Verbrechen der US-hörigen Diktaturregimes in Mittelamerika und die Aufhäufung von US-Atomwaffen in Westeuropa der Antiinterventionsbewegung als Ergebnis ein und derselben Politik Washingtons einsichtig. Dieser Zusammenhang wird in der Abschlußresolution des Münsteraner Kongresses (siehe Kasten) klar benannt. Mehr noch, der Kongreß rief dazu auf, „sich an den geplanten Osteraktionen und der Demonstration am 10.6.1982 in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels zu beteiligen und sich dabei auch die Verteidigung des Friedens in Zentralamerika und der Karibik und die Ablehnung der US-Aggression zu eigen zu machen“. Diese vom Münsteraner Kongreß ausgegebene Anregung an die Antiinterventionsbewegung, ihren Beitrag in die Friedensbewegung einzubringen, ist Anfang April d.J. mit ihrer aktiven Teilnahme an den Vorbereitungen zur Bonner Anti-Reagan-Demonstration (siehe AIB-Aktuell) untermauert worden.

Auch im Hinblick auf die in bestimmten Kreisen der Dritte-Welt-Szene intensiv geführte Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“ war der Kongreß zumindest bemerkenswert. Die von diesen zuweilen geäußerte Meinung, „zehn Jahre nach der Begeisterung für den Kampf von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt“ sei „die Stimmung umgeschlagen“ (siehe z.B. Peripherie, Nr. 7, Winter 1981/82, S.4), kam in Münster kaum zum Tragen. Dem aufmerksamen Beobachter des Antiinterventionskongresses konnte nicht entgehen, daß die Sympathie für die Befreiungsbewegungen und m.E. für die befreiten Staaten (Nikaragua, Grenada, Kuba) keineswegs tot ist und auch nicht von einem Bedeutungsverlust der Solidaritätsbewegung, infolge neuer Problemkreise wie der Bedrohung des Friedens in Europa, wachsender sozialer und/oder Umweltprobleme, die Rede sein kann.

Als auf dem zentralen Solidaritätsforum von Münster (Redeauszüge nachstehend) der Schlußredner Mario Rodriguez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), die Teilnehmer dazu aufrief, angesichts der

Bedrohung des Friedens in Europa und Mittelamerika alles Trennende beiseite zu stellen, steigerte sich der Applaus zu Ovationen. Deutlich wird innerhalb der Antiinterventionsbewegung die Tatsache gesehen, daß das revolutionäre Kuba neben Nicaragua, El Salvador und Grenada zu den Hauptzielscheiben der kriegerischen Politik der USA gehört. Und es herrscht Einvernehmen darüber, daß die kubanische Revolution heute folglich ebenfalls durch die Solidaritätsbewegung verteidigt werden muß. Trotz dieser stärker werdenden Bereitschaft, gemeinsam das Erforderliche zu tun, um die Gefahren des aggressiven Kurses der Reagan-Administration abzuwehren, darf freilich nicht übersehen werden, daß – teils große – ideologisch-politische Unterschiede in bestimmten Fragen weiterhin prägende Merkmale dieser Bewegung bleiben, wie z.B. die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zur Innenentwicklung Kubas und Nicaraguas zeigten. Aber mit diesen Meinungsverschiedenheiten kann man – das veranschaulicht die programmatische Plattform der Antiinterventionsbewegung – bei solidarisch geführter Kritik und Auseinandersetzung auskommen, ohne daß die Bewegung geschwächt werden muß.

Klare Forderungen an Bonn

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Münsteraner Kongreß zur Stärkung und Aktionseinheit der bundesdeutschen Antiinterventionsbewegung beigetragen hat. Er demonstrierte die beachtliche Breite dieser Bewegung und unterstrich ihren Willen zur solidarischen Zusammenarbeit. Er formulierte klare Forderungen an die Politik der Bundesregierung. Man war sich einig, daß, neben der aktiven Solidarität mit den Befreiungsbewegungen El Salvadors (FMLN/FDR), Guatemalas (URNG) wie mit Nicaragua und Kuba, die wichtigste Verantwortung der Bewegung hierzu-lande darin besteht, der Bundesregierung Druck zu machen. Das heißt einmal, sie zu veranlassen, sich so klar wie andere westeuropäische Regierungen (Frankreichs, Hollands u.a.) vom Konfrontationskurs der Reagan-Administration zu distanzieren, was maßgeblich deren Interventionsplanung gegen die Befreiungskräfte in der mittelamerikanisch-karibischen Region durchkreuzen helfen könnte (siehe die einzelnen Forderungen in der Abschlußresolution). Das heißt zum anderen, Bonn zum Kurswechsel in der Mittelamerikafrage zu zwingen: weg von der faktischen Duldung des Völkermords, der heute unter US-Beteiligung in der Region stattfindet, hin zu einer Position, die sich auf die Plattform der französisch-mexikanischen Initiative vom August 1981 stellt (Anerkennung der FMLN/FDR als repräsentative politische Kraft El Salvadors) und die jüngsten Friedensvorschläge des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo (siehe AIB 4/1982, S. 4ff.) positiv aufgreift.

Materialien der Antiinterventionsbewegung

Die Komitees der Solidaritätsbewegung zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala haben ebenfalls Materialien zur Antiinterventionsbewegung herausgegeben: Eine Aktionsbroschüre, 48 Seiten, 2,- DM und eine Materialsammlung; 120 Seiten, Loseblattsammlung im Schnellhefter, die zum Preis von 12,- DM zu bekommen sind. Einzelexemplare sind zu bestellen bei: Koordinationsstelle der Antiinterventionsbewegung, c/o Ute Seibert, Postfach 600754, 6000 Frankfurt 60.





Die Zentralamerikapolitik des Westens

Bei den hier dokumentierten Beiträgen handelt es sich um Reden, die sämtlich auf einer der Hauptveranstaltungen des Münsteraner Kongresses „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“, welche sich mit der aktuellen Rolle des Westens (besonders der USA und BRD) befaßte, gehalten wurden. Diese auszugsweise Dokumentation erfolgt an Hand eines Tonbandmitschnitts.

Bei den Rednern, die hier dokumentiert sind, handelt es sich im einzelnen um: Luis de Sebastian, Jesuit und Europa-Vertreter der Salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR; Roger Wurbach, Professor an der Berkeley-Universität Kalifornien/USA; José Pasos, Direktor des Instituts für Höhere Bildung in Nikaragua und ehemals Botschafter seines Landes in Panama; Heintz Dieterich, Hochschullehrer an der Universität von Mexiko; James Wall, Journalist und ehemaliger Berater Jimmy Carters; Bernd Paeschke, Theologieprofessor an der Universität Mainz und zusammen mit Prof. Norbert Greinacher Teilnehmer einer Kommission in El Salvador/Mittelamerika; Wolf-Michael Catenhusen, SPD und Mitglied des Bundestages; Dieter Boris, Soziologie-Professor an der Universität Marburg und Mitherausgeber des AIB; sowie Mario Rodriguez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Luis de Sebastian

Es gibt nur eine Intervention in Mittelamerika



Liebe Freunde, ich glaube, daß wir diesen Kongreß nicht beenden können, ohne daß wir unserer gefallenen Brüder und Guerillakämpfer gedenken, der vielen unbekanntenen Helden und Verschollenen aus der Zivilbevölkerung, die täglich in unserem Befreiungskampf fallen. Ebenso müssen wir das Andenken derer hochhalten, die im Dienste der Wahrheit, ihrer beruflichen Pflichterfüllung als Journalisten das Opfer eines grausamen Mordes geworden sind. Ich bitte für sie um eine Schweigeminute. (Schweigeminute)

Heute morgen hat hier der Westdeutsche Rundfunk ein Interview gemacht, und sie haben mich gefragt: „Dieser Kongreß ist gegen die Intervention in Mittelamerika; welche Intervention meinen Sie?“ Und ich habe gesagt: „Ich meine die einzige Intervention, die es gibt, die der Vereinigten Staaten. Und: Wissen Sie: Die einzige Intervention, die es in El Salvador überhaupt gibt, ist die Intervention der Vereinig-



ten Staaten und die der von den USA angeführten Länder. Es gibt keine Intervention, weder der Sowjetunion, Kubas oder Nikaraguas, noch der PLO, Äthiopiens oder Angolas. Wer das Gegenteil behauptet, soll das erst einmal beweisen." Die einzigen wirklichen Beweise sind die Hubschrauber, die neuen Flugzeuge, sind die Kanonen und Phosphorbomben und die Anwesenheit von Militärberatern, die sich in leitenden Funktionen an Militäraktionen beteiligen. Das heißt: „It is made in USA.“ In diesem Moment ist die imperialistische Scheinlösung für unser Land endgültig zum Scheitern verurteilt: Entweder finden die Wahlen nicht statt, oder sie werden nicht zu dem vom Imperialismus gewünschten Ergebnis führen. In diesem Moment der verschärften Demonstration der Schwäche und der fehlenden Moral in der Juntaarmee bleibt den USA nur noch eine einzige Alterna-

tive: Verhandeln oder ihre Einmischung in den Kampf unseres Volkes substantiell zu verstärken. Und wenn sie jetzt diese Entscheidung nicht treffen, werden sie es ganz sicher in einigen Wochen oder Monaten tun, wenn das Volk nicht mehr aufzuhalten ist.

Die letzte Stufe der Eskalation dieser Interventionspolitik soll nach den Anzeichen, die uns vorliegen, in panamerikanischer Form erfolgen, die in Wirklichkeit eine Angelegenheit unter Diktatoren sein wird. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten eine pan-amerikanische Interventionskraft vorbereiten. Dies ist eine pan-diktatoriale Kraft, die ausschließlich aus Ländern wie Argentinien, Chile, Uruguay u.a. Diktaturen ausgebildet wird.

Es ist wichtig, in Europa zu wissen, daß keine sog. Friedenskraft oder Friedentruppe El Salvador den Frieden bringen wird, weil wir diese sog. Friedenstruppe mit derselben Entschlossenheit wie die Juntaarmee bekämpfen werden. Diese Friedenstruppe würde nur zu einer Regionalisierung des Krieges führen und schließlich zu einer neuen Bedrohung für den Weltfrieden.

Wir glauben, es ist wichtig, daß sich die europäischen Regierungen darüber klar sind und vielmehr den Weg von Mexiko einschlagen, den Weg, den Lopez Portillo vorgeschlagen hat. Wir glauben, daß Lopez Portillo aus Mexiko ein guter Freund ist, ein Freund, der uns kennt, der für uns vor den Vereinigten Staaten gesprochen hat. Dies ist eine Aufgabe für die europäische Solidarität, und ich will nur sagen: *Revolucion o Muerte!* (Revolution oder Tod!) *Venceremos!* (Wir werden siegen!)

Roger Wurbach Zwei Traditionslinien in den USA

Ich möchte in meinem kurzen Statement hervorheben, daß es in den Vereinigten Staaten zwei Tendenzen gibt, die sich miteinander in Konflikt befinden. Die eine, die imperialistische Tradition, die momentan den blutigsten Krieg und die blutigste Aggression durchführt, die es jemals in Mittelamerika gegeben hat. Die andere ist die demokratische und fortschrittliche Tradition, die dem amerikanischen Empire gegenwärtig entschlossen Widerstand leistet und heute die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika unterstützt. Wir wissen unglücklicherweise schon zu viel über die Tradition der Unterdrückung, die Tradition des Empires. Dieser Sektor ist jetzt mit der Reagan-Administration ganz eindeutig an der Macht und viele Vertreter dieser Regierung haben eine sehr lange Tradition imperialistischer Grausamkeiten. Einige möchte ich erwähnen: Unter ihnen ist zunächst General Haig, der Außenminister und Hauptarchitekt der heutigen Strategie für Zentralamerika. Er hat eine wesentliche Rolle im Vietnam-Krieg gespielt und, was weniger bekannt ist, er hat auch mitgewirkt am Putsch in Chile 1973. Da ist zweitens Thomas Enders, Unterstaatssekretär im Außenministerium für Lateinamerika-Fragen; er spielte eine Rolle in Kambodscha und hat dort persönlich von der US-Botschaft aus die Bombardements befehligt (...)

Aber es gibt auch eine zweite Tradition, die Tradition der demokratischen und fortschrittlichen Bewegung, die gegen die Unterdrückung ist und gegenwärtig stärker wird. Diese Tradition hat gegenwärtig eine sehr breite Solidaritätsbewegung hervorgebracht und Aktivitäten auf all den Feldern entwickelt, auf denen auch die imperialistischen Führer aktiv geworden sind. Sie ist gegen die Aktivitäten des Empires in Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien, El Salva-

dor, Guatemala, um nur einige wenige Länder zu erwähnen, aktiv geworden. Und diese Bewegung unterstützt auch die revolutionären Regierungen in Nikaragua und Kuba. (...)

Diese Bewegung in den Vereinigten Staaten umfaßt viele soziale Kräfte. In ihr sind Gewerkschaftsmitglieder, feministische Organisationen, Universitätsprofessoren und Studenten, Baptisten und Kirchenvertreter, schwarze Menschen und Indianer sowie die Schwulenbewegung der Vereinigten Staaten.

Diese Bewegung, die gegen die imperialistische Tradition steht, hat einen ungeheuer großen und wichtigen Einfluß. Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Bewegung einen sehr wichtigen, grundlegenden Beitrag dazu leistete, daß der Vietnam-Krieg beendet wurde. Und diese Bewegung zwang die Carter-Administration dazu, die Frage der Menschenrechte aufzunehmen. Und sie war auch ein wichtiger Faktor, der sie davon abhielt, 1979 in Nikaragua zu intervenieren. Und auch heute wissen wir, daß diese Bewegung den Handlungsspielraum der USA in El Salvador entscheidend beeinträchtigt. Wir wissen, daß 80% der amerikanischen Bevölkerung die US-Intervention in El Salvador nicht länger unterstützen. Durch diese Bewegung gezwungen, sind auch Mitglieder der demokratischen Partei aktiv geworden, um die finanzielle Unterstützung für die Kräfte der Junta El Salvadors zu stoppen. Und es gibt Anzeichen dafür, daß die Administration diese starke Opposition bei der Formulierung ihrer politischen Optionen bezüglich El Salvadors in Rechnung stellt. Vor zwei Wochen wurde berichtet, daß die Reagan-Administration z.T. auch wegen dieser starken Opposition bislang noch nicht entschieden habe, große Kontingente von Truppen nach El Salvador zu schicken. (...)

José Pasos

Nur die Einheit führt zum Sieg



Auf dem Podium: J. Pasos (3. v. l.), R. Wurbach (1. v. r.), J. Wall (1. v. l.)

Compañeros, Compañeras, ich grüße alle hier Anwesenden, die Ihr zu diesem Kongreß gekommen seid, um Eure Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf in unseren Ländern zu demonstrieren. Ich bin als Vertreter der FSLN hierhergekommen, um deutlich unseren Protest gegen das Vor-

gehen der USA in Nicaragua und Mittelamerika zum Ausdruck zu bringen. Wir verurteilen auf das Schärfste die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Aggression gegen unser Land.

Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten versuchen, auf andere Regierungen Druck auszuüben mit der Absicht, uns politisch zu isolieren. Die Sperrung und das Nichtgewähren von Krediten sowie die Intervention durch Veto bei internationalen Geld- und Kreditinstituten zielen darauf ab, in unserem Land eine wirtschaftliche Krise hervorzurufen, die ein Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber der Revolution bewirken sollen.

Außerdem haben wir aufgrund unserer historischen Erfahrungen und den gut zugänglichen Informationen über militärische Vorbereitungen in letzter Zeit begründeten Anlaß zur Furcht, daß die Vereinigten Staaten auch vor einer militärischen Intervention jeder Art gegen Mittelamerika und unser Land nicht zurückschrecken werden.

Die Einheit der solidarischen Kräfte ist unbedingt notwendig. Wir dürfen uns nicht durch äußere Provokationen spalten lassen, denn nur die Einheit im Kampf gegen den Imperialismus führt uns zum Sieg.

Patria libre o morir! (Freies Vaterland oder Tod!)

James Wall

Kirchen gegen die Einmischung in Mittelamerika

Mein Name ist James Wall. Ich komme aus Chicago, und dies ist mein zweiter Besuch in Ihrem Lande. Im Februar 1979 war ich zwei Wochen in West-Berlin als Mitglied der Jury des ökumenischen Filmfestivals. Ich möchte Ihnen berichten von einer Entscheidung die wir dort getroffen haben, weil dies relevant ist für die Aufgabe hier. Ich bin hier als ein Journalist aus den USA und möchte von der wachsenden Sorge der US-Kirchen über die Situation in Zentralamerika berichten.

Die große Mehrheit der Kirchenvertreter in den USA sehen sich selber nicht als weit rechts oder weit links an. Und einer der schlechtesten Wege, um die US-Intervention in Zentralamerika zu verhindern, wäre es, die US-Bürger als blutige Imperialisten anzuklagen. Deswegen muß ich mich distanzieren von meinem Kollegen vom „Berkely California“, mit dessen Rhetorik ich nicht übereinstimme. Einer der Filme, die wir in Berlin ausgezeichneten, war übrigens „Ringelblumen im August“, produziert und geschrieben von einem Südafrikaner. Ein Mitglied der Jury argumentierte, daß der Film die Apartheid nicht scharf genug verurteile. Die anderen Mitglieder der Jury, mich eingeschlossen, vertraten jedoch die Auffassung, daß der Film – gemessen an den Begrenzungen, denen ein Stückeschreiber in Südafrika unterliegt – einen sehr starken Standpunkt gegen Apartheid vertrat. Nicht scharf genug für die meisten von uns, aber gemessen an der Situation sehr aussagekräftig.

Es gibt ein indianisches Sprichwort in meinem Land, das besagt, um einen Menschen oder eine Nation zu verstehen, muß man erst über seine Mokassins gehen. Die Vereinigten Staaten haben während ihres Engagements in Vietnam eine furchtbare Phase durchgemacht. Das Resultat dieses Engage-

ments in Vietnam ist, daß die große Mehrheit heute glaubt, daß die US-Regierung sich nicht in anderen Ländern einmischen sollte. Die Kirchen der Vereinigten Staaten sind der Gerechtigkeit, den Menschenrechten, der Freiheit und dem Frieden verpflichtet. Es gibt eine lange Tradition der Menschenrechte in den USA, und der Einsatz von Präsident Carter für diese Menschenrechte kommt aus dieser Tradition her, nicht durch den Druck der Bewegung.

Ich möchte jetzt aus einer Resolution des Nationalen Kirchenrates der Protestantischen Kirchen der USA zitieren, in der sich die Meinung der Mehrheit der Protestanten der USA ausdrückt. Der Nationale Kirchenrat drängt die US-Regierung dazu, ihre Unterstützung des Militärs und der Polizei von El Salvador zu stoppen und die kürzlich gebilligte Militärhilfe von 5,7 Mio Dollar umzuleiten in medizinische, ökonomische und soziale Hilfsprogramme. Sie drängt die US-Regierung, zu garantieren, daß sie nicht direkt oder indirekt in El Salvador interveniert, um das Schicksal des salvadorianischen Volkes zu entscheiden und schließlich den historischen Augenblick zu begreifen und die traditionelle Politik in Zentralamerika auf den Stand der Zeit zu bringen und zu modifizieren, indem sie positiv auf die Volkskräfte in Zentralamerika reagiert.

Wir suchen eine Verhandlungslösung, und wir befürworten das Recht der Menschen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Ich empfehle Ihre Anteilnahme an den Vorgängen in diesen Ländern und Ihre Unterstützung. Schließen Sie sich nicht ab von der großen Mehrheit der Amerikaner, die mit Ihnen übereinstimmt, daß es keine Intervention in Zentralamerika geben darf.

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Mitte 1981 steckten wir uns das Ziel, binnen eines Jahres 1.000 neue Abonnenten für das AIB zu gewinnen. Nachdem im Januar 1982 die 400er-Grenze überschritten wurde, zog die Kampagne in den letzten beiden Monaten spürbar an. Anfang März d.J. kamen wir auf fast 650 neue Abonnenten. Damit tritt die Kampagne den Endspurt an. Für die verbleibenden vier Monate appellieren wir nochmals an die Hilfsbereitschaft, das Engagement unserer Leser. Denjenigen, die etwas fürs AIB tun wollen, stellen wir das unten abgedruckte Reagan-Werbeflugblatt kostenlos zur Verfügung. Wir möchten insbesondere nochmals anregen, dieses Material bei Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen massenhaft zu verteilen. Auch Probeexemplare stellen wir auf Anfrage gerne kostenlos zur Verfügung.

Appell an unsere Leser: Helft mit - werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei - Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981



Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Plácido Erdozain
San Romero de America.
Das Volk hat dich heilig gesprochen.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle ... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz (Preis 4,- DM)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (2,-)
- Ich abonniere das AIB ab Nr.... bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr....
- Ich möchte Probeexemplare und Register (Jahr:...)

Vorname, Name
Straße
Beruf
Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

- (Unterschrift) (Datum)
- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Kpnto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 53390000).
 - Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
 - Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ... DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr, Kündigungsfrist 2 Monate



Für zwei Abonnenten:

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
 Politisch-ökonomisches Handbuch
 7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein
 1981

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein
 Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
 192 Seiten, Großformat, Peter Hammer
 1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet
Ich liebe mein Land
 30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun
UMBRAL
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Bitte mit
Postkartensporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:
Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvorschlag:

Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzahlung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
die wir lieben**
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba
Country Girl
30-cm-LP, Verlag Pläne



**DER MENSCH
STIRBT NICHT
AM BROT ALLEIN ...**

Peter Krieg

Lesebuch zum Film



SEPTEMBERWEIZEN
Peter Hammer Verlag



... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert — analysiert — kommentiert
- die Partei bezieht
für Frieden und Abrüstung
für demokratischen und sozialen Fortschritt
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
für internationale Zusammenarbeit
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine
Grundtorheit unserer Epoche hält und den Meinungs-
streit nicht mit psychologischem Krieg verwechselt —

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen
Kulturteil zum Ausdruck bringt —

dann ist die **Deutsche Volkszeitung** richtig für Sie!

Sie sollten diese Wochenzeitung
kennenlernen. Mitteilung Ihrer An-
schrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mit unverbindlich
und kostenlos einige Ausgaben der
DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG.

Vor- und Zuname

Beruf

Straße / Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

In Ihr schreiben:

Prof. Wolfig Abendroth	Dr. Karl Heinz Götz	Peter Maiwald	Margot Schroeder
Therese Angeloff	Prof. Horst Herrmann	Dr. Julia Menschik	Peter Schult
Prof. Hans W. Bartsch	Dr. Florence Hervé	André Müller	Dr. Hannelis Schulte
Arno Behrlich	Prof. Rudolf Hickel	Prof. Michael Nerlich	Monika Sperr
Prof. Frank Benseiler	Dr. Richard Hiepe	Prof. Norman Paech	Jürgen P. Stössel
Horst Beihnge	Michael Höhn	Dr. Karl Pawek	Norbert Stratmann
Wolfgang Beutin	Prof. Hans Heinz Holz	Prof. Lothar Peter	Dr. Horst D. Strüning
Prof. Wilhelm R. Beyer	Prof. Horst Holzer	Hans Platschek	Prof. G. Stuby
Dr. Michael Charlier	Prof. Jörg Huftschmid	Prof. Uta Ranke- Heinemann	Dieter Süverkrüp
Peter O. Choljewitz	Mechtild Jansen		Uwe Timm
Franz J. Degenhardt	Prof. Gerhard Kade	Josel Reding	Dr. Karl Unger
Lottomi Doormann	Dietrich Kittner	Prof. Renate Riemack	Peter Weiss
Klaus Eder	Franz Xaver Kroetz	Erika Runge	Gaby Ziptel
Dr. Elisabeth Endres	Prof. H.-J. Krysmanski	Prof. H.-J. Sandkuhler	u. a.
Anatol Feid O.P.	Prof. Reinhard Kuhn	Pfarrer Werner Sanß	
Pastor Peter S. Gerlach	Steffen Lehnardt	Erasmus Schöler	

Redaktion:

Helmut Bausch (Chefredakteur); Dr. Thomas Neumann (Stellvertreter); Peter Baumöller (Chef vom Dienst);
Reiner Taudien (Reportage); Dr. Mathias Jung (Innenpolitik); Bernd Mansel (Ausland); Erich Rudolf (Wirtschaft);
Dr. Agnes Hüfner (Kultur); Emmi Kuhlmei (Frauen); Walter Bloch; Dr. Hans Brandner; Alexander Goeb; Heinz-Willi
Gross; Helmut Haensch; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann; Ständige Beratung: Fritz Hollstein.

Werbeantwort
An
MONITOR-VERLAG GmbH
Oststraße 154 — Postfach 5707
4000 Düsseldorf

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
**Das ist unser Land – Westbank und
 Gazastreifen unter israelischer Besatzung**
 320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn
**El Salvador/Nicaragua.
 Aufstand im US-Hinterhof**
 191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
 Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**
 264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner
**Afghanistan.
 Revolution und Konterrevolution**
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
**Befreiungsbewegungen in Afrika.
 Politische Programme, Grundsätze und
 Ziele von 1945 bis zur Gegenwart**
 532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

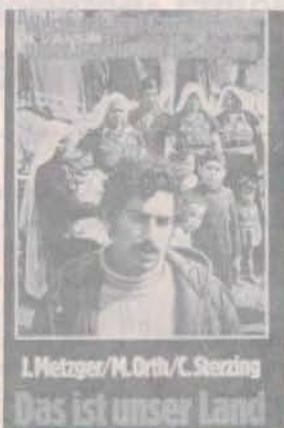
Sergio Ramirez
**Vom Vergnügen des Präsidenten.
 Erzählungen aus Nicaragua**
 141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
 Aktionshandbuch 3**
 192 Seiten, Lamuv 1982

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
 240 Seiten, Lamuv 1981

Karl-Klaus Rabe (Hrsg.)
**Vier Minuten vor Mitternacht.
 Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn**
 160 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta
Der Aufstand
 218 Seiten, Peter Hammer 1981



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
 Befreiungskampf heute**
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
**Südafrika.
 Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
**Die zweite Befreiung.
 Alphabetisierung in Nicaragua**
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
**Viva Sandino! Leben und Tod des
 ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
 176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski
**Gott ändert nichts...
 Iran gestern und heute**
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
**Das neue Äthiopien.
 Vom Kaiserreich zur Revolution**
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouyou
**Angola. Vom Königreich Kongo zur
 Volksrepublik**
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
 Erinnerungen seines Privatsekretärs
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld
Vietnam – Laos – Kampuchea
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
Das Sexbuch
 249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)
Bonn 10.10.81
**Friedensdemonstration für Abrüstung
 und Entspannung in Europa – Reden, Fotos...**
 224 Seiten, Lamuv 1981



Heintz Dieterich Die US-Intervention findet bereits statt

(...) Meine zweite These ist, daß diese Intervention (in Mittelamerika; d. Red.) prinzipiell in zwei Formen realisiert werden kann. Die erste wäre eine direkte Invasion mit Landstreitkräften, die zweite Form wäre eine Seeblockade der atlantischen und pazifischen Küste Zentralamerikas, um die Lieferung von Waffen an die Guerilla und die Einmischung von außen zu verhindern. Die Seeblockade als letzte Warnung vor einer direkten Invasion mit Landtruppen wäre gekoppelt mit einer ultimativen Aufforderung an die Guerilla-Bewegung an Friedensverhandlungen teilzunehmen, und natürlich würde das gleiche gelten für Nicaragua.

Und die dritte These, zu der die systematische Analyse führt, ist, daß die Intervention entweder in multilateraler Form durchgeführt wird, in Anknüpfung an den sog. Rio-Vertrag – eines interamerikanischen Beistandsabkommens von 1947, oder auch – falls notwendig – einseitig von den USA mit der sog. Rapid Deployment Force.

Analysiert man die US-Destabilisierungspolitik seit 1945, so kann man feststellen, daß die konterrevolutionäre Kriegsführung der USA auf sechs Niveaus durchgeführt wird, dem Niveau der ökonomischen Zerstörung, der politischen Einflußnahme, der propagandistisch-psychologischen Kriegsführung, der paramilitärischen Kriegsführung, der bakteriologischen Kriegsführung und der militärischen Kriegsführung. Das einzige Land in Lateinamerika, daß bisher unter allen sechs Formen dieser konterrevolutionären Kriegsführung leiden müssen, war Kuba.

In Nicaragua sind bisher die ersten vier Niveaus angewendet worden. (...)

Als wesentliches Charakteristikum der Situation können wir also feststellen, daß Reagan eine konsequente konterrevolutionäre Interventionspolitik betrieben hat, zur Zerstörung der Revolution in Nicaragua und natürlich auch der Befreiungsbewegung in El Salvador und Guatemala und ebenfalls von Grenada und Kuba.

Als zweites Charakteristikum können wir feststellen, daß diese Politik ergänzt wurde durch eine immer konsequente Verhinderung aller politischen Möglichkeiten, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Das mexikanisch-französische Kommuniqué vom August 1981, das im Dezember 1981 in den Vereinten Nationen noch mit etwa 60 zu 20 Stimmen angenommen wurde, direkte Verhandlungen zwischen der FDR/FMLN und Washington im Dezember, ein Brief der FDR/FMLN im Dezember an Reagan und die letzten Verhandlungen zwischen Castañeda, dem mexikanischen Außenminister, und Haig – kein einziger dieser Versuche hat zu irgendeinem Erfolg geführt.

Beim dritten Gebiet ist es den USA gelungen, außerordentliche Erfolge zu erzielen. Es ist ihnen gelungen, in Zentralamerika das Gleichgewicht zwischen Staaten in neutraler Position gegenüber dem Befreiungskrieg und denjenigen Staaten, die US-interventionistische Positionen vertreten, entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. (...)

Schließlich: auf einem letzten Gebiet, dem Gebiet der direkten militärischen Vorbereitung, sehen wir: die Indikatoren gehen in die gleiche Richtung wie auf den vorhergehenden drei Gebieten. 1981 wurde ein neues Militärkommando geschaffen, das Caribbean Command (Karibisches Kommando), das seinen Hauptstützpunkt in Key West in Florida, 150 km von der kubanischen Küste hat. Der Chef dieses neuen Kommandos ist Admiral McKenzie, der – und ich zitiere wörtlich – davon ausgeht, „daß es ein politisch-militärisches Problem in der Karibik gibt und daß Kuba, Nicaragua und Grenada praktisch ein Land und ein Problem sind“. Key West wird außerdem zur Marinebasis ausgebaut; die elektronischen Spionageanlagen, die gegen Kuba gearbeitet haben, die aus Kostengründen unter Carter stillgelegt worden sind, sind reaktiviert worden, und zu der Karibik-Flotte werden im April dieses Jahres zwei Flugzeugträger hinzugezogen.

Seit Anfang 1982 ist eine vollständige elektronische Überwachung Zentralamerikas durchgeführt worden. Seit Januar 1982 sind US-Kriegsschiffe im Golf von Fonseca zur Überwachung Zentralamerikas stationiert; ebenso ist eine ständige Luftaufklärung über Kuba, Grenada und seit einigen Tagen, wie wir wissen, auch über Nicaragua durchgeführt worden, unter Verletzung des Luftraumes. Die militärische Aufrüstung von Honduras dient dazu, diese Streitkräfte als Invasionstruppen gegen El Salvador und Guatemala vorzubereiten, und das wird komplementiert durch ein Abkommen über die Erweiterung honduranischer Flugplätze, die im Krisenfall von US-Flugzeugen benutzt werden können. Das zweite Abkommen wird abgeschlossen mit Kolumbien und sehr wahrscheinlich auch mit der Dominikanischen Republik. Das letzte Element ist die Verlagerung der Flüchtlinge aus dem honduranischen Grenzgebiet zu El Salvador ins Innere des Landes und die Stationierung von Anti-Guerilla-Truppen von Honduras und El Salvador in diesem Grenzgebiet, was darauf hindeutet, daß dort gemeinsame Aktionen geplant sind.

Nimmt man all diese verschiedenen Faktoren zusammen, so muß man feststellen, daß die Politik der Reagan-Regierung konsequent von Anfang an auf die Destruktion der nationalen Befreiungsbewegung und der revolutionären Staaten angelegt war. (...)



H. Dieterich (3. v. r.) und W. H. Catenhusen (3. v. l.)

Wolf-Michael Catenhusen

Bonn muß auf Distanz zu den USA gehen!

Die Völker von El Salvador, Guatemala und Nikaragua haben den Weg ihrer politischen und sozialen Befreiung begonnen. Die Vertreter der Befreiungsbewegungen heute haben uns deutlich gemacht, daß sie ihre Freiheit gegen die Oligarchien in ihren eigenen Ländern und gegen die mit ihnen verbündete Regierung der Vereinigten Staaten erkämpfen müssen, und sie haben uns heute auch eindrücklich klargemacht, wie groß die Gefahr ist, daß die Amerikaner mit direkter oder indirekter militärischer Intervention den Versuch machen, den sozialen Fortschritt und die Demokratisierungsprozesse in Nikaragua und in El Salvador zu vernichten.

In dieser Situation kommt der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Und ich als Bundestagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei möchte einige Punkte nennen wo, ich der Meinung bin, daß gerade jetzt die Bundesrepublik und die Bundesregierung insbesondere ihrer Verantwortung nachkommen muß.

In dieser Situation muß die Bundesregierung darauf bestehen, daß jegliche wirtschaftliche und politische Beziehungen mit den Regierungen, mit den herrschenden Junten in El Salvador und Guatemala eingestellt bleiben.

Es brach Ende letzten Jahres ein harter Kampf auf in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, um zu verhindern, daß der Außenminister der Bundesregierung den deutschen Botschafter wieder nach El Salvador zurückschicken könnte. Gerade in dieser Situation muß klar sein, daß die Bundesregierung einen Botschafter nach El Salvador nicht zurückschickt und daß sie auch keinen Beobachter zu den sog. Wahlen in El Salvador entsendet.

Die Bundesregierung muß weiterhin die Versuche Mexikos und das Angebot der FDR/FMLN unterstützen, eine friedliche Lösung des Bürgerkriegs in El Salvador zu unterstützen und gleichzeitig die FDR/FMLN als politische Vertretung des Volkes in El Salvador anzuerkennen.

Die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat sich Ende Februar einstimmig gegen eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Zentralamerika ausgesprochen; ich meine es ist höchste Zeit, daß sich die Bundesregierung diesem Schritt anschließt.

Die sandinistische Revolution ist eine große Hoffnung für die kämpfenden Völker in Lateinamerika und in der Dritten Welt insgesamt. Gerade jetzt ist es wichtig, daß die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für das befreite Nikaragua fortgesetzt wird. Allerdings: Diese Hilfe ist zu gering, und sie muß in Zukunft ohne politische Bedingung fortgesetzt werden. Gerade angesichts der vorbereiteten Operationen der Vereinigten Staaten zur Destabilisierung und offenen Bekämpfung der Sandinisten in Nikaragua dürfen die verstärkten Anstrengungen der Sandinisten zum militärischen Schutz ihrer Revolution nicht zum Anlaß genommen werden, die Unterstützung Nikaraguas zu verringern oder gar einzustellen.

In diesen Wochen hat die Bundesregierung eine besondere Verantwortung, ihre Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten deutlich und auch für die Regierung der Vereinigten Staaten vernehmbar zu äußern. Die Bundesregierung würde sich für mich dann, wenn sie dem Druck der Vereinigten Staaten nachgibt, mitschuldig an einem möglichen Völkermord in El Salvador und Nikaragua machen.

Die Lateinamerikapolitik der Regierung Reagan, die unter dem Vorwand der Bekämpfung des Kommunismus und unter dem Vorwand einer angeblichen Intervention Kubas oder der Sowjetunion die Zusammenarbeit mit den diktatorischen und faschistischen Regierungen in Zentralamerika sucht, diese Politik widerspricht grundsätzlichen Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei und ich meine, es ist an der Zeit, daß diese deutliche und klare Absage an diese Lateinamerikapolitik auch von der Bundesregierung erfolgt.

Ich meine, daß diejenigen auch in meiner Partei, die sich heute gegen eine Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Bonn wenden, gut beraten wären, gleichfalls zu verdeutlichen, daß diese Politik von Herrn Reagan, sowohl was die militärische Aufrüstung als auch was insbesondere die Lateinamerikapolitik angeht, daß dieses Positionen sind, die auch von der Bundesregierung nicht geteilt werden. Ich setze auch darauf, daß die Diskussion und die Arbeit der Solidaritätsbewegung mit Druck darauf ausübt, daß die Bundesregierung ihre zögernde und abwartende Haltung in dieser Frage aufgibt.



Kollage von Edouard Gysin

Dieter Boris

Zwieschlächtige Haltung der Bundesregierung



D. Boris (M.)

1. Auf den ersten Blick könnte man den Eindruck gewinnen, daß gerade die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung sich vorteilhaft von der US-Politik gegenüber dieser Region abhebt und daher auch von den linken Kräften positiv beurteilt werden müßte. Die positive Bedeutung der Position der Bundesregierung zum befreiten Nicaragua sowie umgekehrt die Distanzhaltung gegenüber der zivil-militärischen Junta in El Salvador soll hier auch nicht unterschätzt werden; sicherlich spielen hier insbesondere die – gegenüber US-Vorstellungen – alternativen Entwicklungskonzepte der Sozialistischen Internationale eine Rolle.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine kurze Nachbemerkung zur gestrigen Podiumsdiskussion zu diesem Thema machen, weil mir zumindest zwei Dinge nicht ganz klar von seiten des Podiums herausgekommen zu sein schienen. Einmal, meine ich, sollten wir unterscheiden zwischen der Sozialdemokratie bei uns hier und unseren Problemen mit ihrem politischen Handeln hier und ihrem Handeln und ihren Positionen etwa in Mittelamerika. Zweitens sollten wir im Sinne der Größe und Einheit, der Intensität der anti-imperialistischen Solidaritätsbewegung und auch im Sinne der Befreiungsbewegungen in den Dritte-Welt-Ländern nur froh sein, wenn es Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie gibt, die sich schließlich zu einer fortschrittlichen Politik in diesen Teilbereichen zumindest durchgerungen haben, und auch versuchen, ihnen real Geltung zu verschaffen. Eine Haltung, die gönnerhaft, herablassend, etwa nach der Devise verfährt: „Nun ja, wenn es denn nun sein muß, so mögen sich auch Sozialdemokraten an unseren fortschrittlichen Veranstaltungen beteiligen oder Resolutionen unterschreiben“, – eine solche Haltung, meine ich, ist politisch kurzsichtig, wortradikal und letztlich auch sektierisch.

2. Eine genauere Beurteilung der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung aber fällt differenzierter und negativer aus, zumal dann, wenn der Anspruch der westdeutschen Entwicklungspolitik ernst genommen wird. Da dieser Anspruch sich an dem Ziel der sozialen Emanzipation, der nationalen Unabhängigkeit und der Überwindung der Unterentwicklung orientiert und keineswegs das Festhalten aller Länder der Dritten Welt in der kapitalistischen Hemisphäre zum obersten Ziel proklamiert, scheint es folgerichtig, wenn die

Bundesregierung Sympathie und Unterstützung für die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika entwickelt. Beides jedoch hält sich in engen Grenzen; im übrigen ist das diesbezügliche Verhalten widersprüchlich, schwankend und häufig genug anmaßend und, was das Schlimmste ist, es hat die Tendenz – unter dem Einfluß der neuen Reagan'schen Interventionspolitik – in sein Gegenteil umzuschlagen. – Ohne hier auf Differenzen innerhalb des Regierungslagers, zwischen Regierung und den sie tragenden Parteien oder Differenzen innerhalb der SPD eingehen zu können, – es kann hier nur die Endwirkung der Politik beurteilt werden – sei soviel in Konkretisierung der zuletzt angedeuteten kritischen Aspekte festgehalten:

3. Auch mit den blutigsten Militärdiktaturen Mittelamerikas hat die sozialliberale Regierung lange Zeit normale bis freundliche Beziehungen unterhalten (vgl. Entwicklungsprojekte mit dem somozistischen Nicaragua bis 1978/79, Beziehungen mit El Salvador und Guatemala unter den militärischen Gorilladiktaturen). Auch heute noch werden z.B. Waffenexporte an die Regimes in Salvador und Guatemala von der Bundesregierung nicht rigoros untersagt, obwohl es eindeutig ist, daß diese Waffen gegen die Befreiungsbewegungen der betreffenden Länder eingesetzt werden.

4. Entgegen dem Postulat der Nichteinmischung wird häufig sogar das Ziel der Zügelung der sozialrevolutionären Prozesse (im Sinne der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie und eines gemischtwirtschaftlichen, d.h. kapitalistischen Systems) explizit genannt. Besonders eklatant wird ein solches Verhalten der Einmischung, des Stellens von Bedingungen, des Gebens von patriarchalischen und erpresserischen Ratschlägen, wenn z.B. der Herr Bundesminister Offergeld der nikaraguanischen Regierungsjunta, just einen Tag nachdem ein krimineller Destabilisierungsplan der US-Regierung gegenüber Nicaragua enthüllt worden ist, zur Mäßigung gegenüber der US-Regierung rät.

5. Inkonsequenzen und Schwanken lassen sich an zahlreichen regierungsoffiziellen Erklärungen festmachen. Z.B., wenn die Bundesregierung ihr Verständnis ausdrückt „für die amerikanischen Besorgnisse wegen der Entwicklung in El Salvador und der Einflußnahme kommunistischer Staaten auf die inneren Verhältnisse des Landes. In einer Erklärung wendet die Bundesregierung sich gegen jede Anwendung von Gewalt in El Salvador, sei es von rechts und von links. Sie will im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen, um die demokratischen Kräfte in beiden Lagern zu einem Dialog zusammenzuführen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1981) Diese Stellungnahme ist z.B. in ihrer Substanz völlig den Einsichten und der Analyse der Verhältnisse sowohl der Regierung wie von seiten der Sozialdemokratischen Partei entgegengesetzt, und trotzdem wird sie verbreitet, um dem US-amerikanischen Sendboten (Eagleburger) zu Gefallen zu sein. Oder, um nur ein anderes Beispiel zu nennen: Entgegen allen Proklamationen und der bisherigen Politik erklärte Bundesaußenminister Genscher gegen Ende des letzten Jahres, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zu El Salvador wieder normalisiert werden sollten, d.h. daß der Botschafter wieder auf seinen Posten in San Salvador zurückgeschickt werden sollte und auch die Entwicklungsprojekte der Bundesregierung wieder aufgenommen werden sollten. Dieses Vorhaben ist erst nach einem

Proteststurm wieder rückgängig gemacht worden.

6. Vor allem aber ist zu befürchten, daß diese Schwankungen nur Schritte auf dem Wege zu einer vollkommenen Unterwerfung unter die Reagan'sche Interventions- und Kriegspolitik in Mittelamerika darstellen. Seit einem Jahr, also seit Reagans Machtantritt, sind regierungsoffizielle Stellungnahmen zu Mittelamerika sehr rar geworden – und dies, obwohl die US-Politik sich tagtäglich von der politischen Linie der Bundesregierung und der Mehrheit der europäischen Regierungen weiter entfernt hat und drauf und dran ist, sich in kriegerischen Abenteuern und Explosionen in dieser Region zu verstricken. Wir werden zwar mit regierungsoffiziellen Stellungnahmen zur Polen, Afghanistan etc. überschwemmt; wir hören aber seit langer Zeit nichts von seiten der Bundesregierung über die Situation in Mittelamerika (ebensowenig über die Türkei, Chile, Südafrika etc.), obwohl zweifellos der Repressionsgrad und die Zahl der Todesopfer in El Salvador mit keinem anderen Land der Welt zu vergleichen ist.

Wir hören kein Wort zu den ständigen Interventionsdrohungen

gen der US-Regierung gegenüber Kuba und Nicaragua;

● kein Wort zu dem gefährlichen und ansteigenden Engagement der US-Regierung in El Salvador, Guatemala und Honduras;

● kein Wort zu der Menschenrechtssituation und den völkermordähnlichen Massakern in El Salvador, die politisch, militärisch und moralisch von der US-Regierung gedeckt und gerechtfertigt werden.

Dies sind alles zweifellos Gesichtspunkte, die den Rest von Glaubwürdigkeit der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung (und darüber hinaus der Dritten-Welt-Politik im allgemeinen) zu erschüttern drohen. Die Frage muß gestellt werden, warum die Bundesregierung – wider besseres Wissen und Einsicht –, sich nicht zumindest auf dieselben politischen Positionen hinbewegen kann, wie etwa Frankreich, die Niederlande, die skandinavischen Länder usw.

Konkret ist zu fordern, daß die Bundesregierung sich in ihrer Mittelamerika-Politik der jüngsten Verhandlungs- und Friedensinitiative des mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo anschließt.

Bernd Paeschke Christliche Solidarität – mit den Bischöfen oder dem Volk?

Ich möchte etwas sagen zur Rolle der Kirchen und der Christen in Mittelamerika, aber vor allem in der Bundesrepublik zur Frage der Intervention. Anfang dieses Monats hat das salvadorianische Komitee der Christen der Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen Volkes durch ihren Sprecher, den Priester Benito Cubar, erklärt, daß derzeit in El Salvador eine Christenverfolgung und ein Völkermord an Christen wie zu den Zeiten des römischen Kaisers Diocletian stattfinde. Er sprach davon, daß in den vergangenen Jahren allein in El Salvador 26 Priester und über 400 Katecheten ermordet worden seien. Er hat den Papst um ein Wort der Ermutigung an diese verfolgten Christen gebeten.

Was ist der Grund für diese Christenverfolgung in Mittelamerika, die ja hier – wie in ganz Lateinamerika – nicht neu ist? Gehen wir zurück in die 60er Jahre. 1969 hat Rockefeller nach seinem Besuch in Lateinamerika in seinem Bericht zum erstenmal offiziell auf eine Gefährdung US-amerikanischer Interessen durch eine gefährliche Entwicklung der lateinamerikanischen Kirchen aufmerksam gemacht. Einige Jahre später kommt der Plan „Banzer“ in die Öffentlichkeit, ein ausgeklügeltes Strategiepapier lateinamerikanischer Militärdiktaturen zur Unschädlichmachung progressiver Sektoren der Kirchen. Und schließlich, im Santa-Fé-Papier, das die Grundzüge der derzeitigen Mittelamerika-Politik Reagans enthält, wird im Kapitel über die innere Subversion der Gegner auf dem Gebiet der Kirche ausgemacht. Es heißt dort wörtlich: „Die Rolle der Kirche in Lateinamerika hat eine vitale Bedeutung für das Konzept der politischen Freiheit. Unglücklicherweise haben marxistisch-leninistische Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen das Privateigentum und den produktiven Kapitalismus benutzt, indem sie die religiöse Gemeinschaft mit Ideen infiltriert haben, die eher kommunistisch als christlich sind.“

Was haben die deutschen Kirchen zu all dem gesagt? Zu den Toten, zu den Ermordungen, selbst zu Massakern in salvadorianischen Kirchen? Sie haben geschwiegen, beide großen Kirchen. Als am 26. September 1980 Solidaritätsgruppen und Mitglieder von Kirchengemeinden durch die Besetzung des Kölner Doms von den deutschen Bischöfen ein Wort der

Solidarität mit dem leidenden salvadorianischen Volk erreichen wollten, kam die Antwort, daß sie durch die Polizei aus dem Dom hinausgeworfen wurden; eine weitere Antwort durch den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, aus Rom war die, daß sich die deutsche Bischofskonferenz, wenn sie sich schon zu Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung der Religionsfreiheit äußern werde, sie damit kein einzelnes Land herausgreifen, sondern sich umfassend äußern werde. Jetzt endlich, auf ihrer diesjährigen Frühjahrs-Vollversammlung, haben sich die deutschen Bischöfe, zwar nicht umfassend, aber immerhin zu Polen und Mittelamerika geäußert.

Trotz zutreffender Einzelfeststellungen, wie z.B. in Hinblick auf Guatemala, der Kampf für die selbstsüchtigen Interessen einer Oligarchie wird dort nicht selten als ein Kampf gegen den Kommunismus ausgegeben, wird aber doch durch diese Erklärung, durch diese Nebeneinanderstellung von Polen und Mittelamerika suggeriert, daß das, was an Gewalt, Terror und Christenverfolgung in Polen und Mittelamerika geschieht, das gleiche sei und daß es zwischen Menschenrechtsverletzungen und Christen- bzw. Kirchenverfolgung in El Salvador und Guatemala einerseits und Nicaragua andererseits zum derzeitigen Zeitpunkt keinen prinzipiellen Unterschied gebe. (...)

Warum also, ist zu fragen, gilt die Aufforderung zur Solidarität mit dem polnischen Volk nicht auch für die Völker von Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Die Antwort: Die bischöfliche Solidarität gilt vor allem den Amtsbrüdern, dem derzeitigen Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, der sich leider, nachdem er in der Zeit Somozas für das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand gesprochen hatte, derzeit von der bürgerlichen Konterrevolution instrumentalisieren läßt.

Die Solidarität der Bischöfe gilt der Bischofskonferenz von El Salvador, die gerade eben ausdrücklich zur Unterstützung der Wahlen aufgerufen hat. Und die maßgeblich beeinflusst wird durch drei Bischöfe, die ich nun leider kurz charakterisieren muß, weil in diesem Votum der Bischofskonferenz von El Salvador für die Wahlen auch hier in der Bundesrepu-



B. Paeschke (3. v. r.) und M. Rodriguez (2. v. r.)

blik von seiten der CDU Propaganda gemacht wird. Die Bischofskonferenz wird dominiert erstens durch Bischof Aparicio von Santana, der amerikanische Hubschrauber seg-

net, Hubschrauber, die nachweislich auch zur Verfolgung wehrloser, flüchtender Menschen eingesetzt werden. Da ist zweitens der Bischof Alvarez von San Miguel, der den Rang eines Obersten der Armee hat und gleichzeitig Bischof des Heeres ist; der Bischof Revelo, der selbst in dem Ruf steht, zur Ermordung eines ihm selbst unterstehenden Priesters geschwiegen zu haben, obwohl er darüber genauestens informiert war. Die beiden letztgenannten Bischöfe sind auch mitverantwortlich dafür, daß in ihren Kirchen Bauernfamilien vom Militär niedergemetzelt wurden, die dort einen Hungerstreik für politische Gefangene unterstützen wollten. Denn sie waren es, die die Ordnungskräfte zur Räumung der Kirche aufgefordert hatten.

Schließlich: Alle drei Bischöfe sind die geistlichen Berater von Verteidigungsminister Garcia, der uns Anfang Januar erklärt hat: „Es ist Gott, der mich auf diesen Weg gesetzt hat, um unser Land von Subversion und Terrorismus zu befreien.“ Das heißt, die religiöse Legitimation dieser Politik wird auch verantwortet durch diese Bischöfe, denn so sagte er: „Mindestens einmal im Monat treffe ich mich mit diesen drei Bischöfen, sie sind meine Freunde.“

Wenn also die deutsche Bischofskonferenz ihre Solidarität mit dieser Bischofskonferenz erklärt – und sie müßte eigentlich wissen, um wen es sich da handelt – dann ist doch wohl klar, daß eine solche Versicherung nicht den kämpfenden und verfolgten Christen der Kirche des Volkes in Zentralamerika nützt, sondern jener Kirche, die sich instrumentalisieren läßt, von der derzeitigen Interventionspolitik.

Mario Rodriguez **Uns eint mehr als uns trennt!**

Zentralamerika und die Karibik befinden sich in einer ständigen Bedrohung durch Aggression. Es handelt sich darum, daß die großen Hoffnungen von Millionen Frauen und Männern ein neues, gerechtes und ehrenhaftes Leben zu erreichen, erstickt werden sollen. Der nordamerikanische Imperialismus ist der Hauptgegner dieser ganzen Hoffnungen. Er versucht mit allen Mitteln, ihre Durchsetzung zu verhindern. Kuba kämpft mit Entschiedenheit gegen die imperialistischen Methoden. Und heroisch steht unser Volk seit 20 Jahren gegen eine kriminelle wirtschaftliche Blockade, die das Ziel hat, den wirtschaftlichen Aufbau zu verhindern. Den sozialistischen Aufbau zu verhindern, den unser Volk mit seinem Blut verteidigt hat. Wir kennen den bakteriologischen Krieg gegen Kinder, gegen Zucker- und Tabakplantagen. Nichts wird uns zum Zurückweichen bringen. Wir ziehen es vor, mit unserer Revolution zu leben oder mit ihr zu sterben. Die Anwesenheit, die Wachsamkeit der kubanischen Revolution, liebe Freunde, ist das beste Beispiel dafür, daß die Völker über ihr Schicksal verfügen können. Das irritiert, ja das irritiert den Cowboy Reagan.

Und diese Verwirrung ist nicht neu; schon die letzten sechs Yankee-Regierungen vorher waren irritiert.

Diese Verwirrung wird noch weiter zunehmen mit einem freien Nicaragua, mit einem souveränen Grenada, mit einer Befreiungsbewegung der Völker, die die Yankees historisch verurteilen.

Gegen diese Bedrohung, die zynisch in dem sog. Dokument von Santa Fé geplant ist, erheben sich die Völker, indem sie ihre Solidarität mit Zentralamerika, Kuba und Grenada darbieten.

Dies bedeutet auch, den Kampf für den Frieden in Europa zu führen. Dies bedeutet zu vermeiden, daß die Reaktion in den USA erstarkt. Die USA versuchen, die Welt in die Zeit der 40er Jahre zurückzustoßen, indem sie regionale Kon-

flikte schaffen. Dies ist in der gegenwärtigen Zeit nicht möglich, wenn unsere Völker sich dem Imperialismus entgegenstellen und dazu beitragen, den Frieden in Europa zu wahren und den Imperialismus zu schwächen, der mit dem Schicksal der europäischen Völker spielt.

Jeder, der sich als ehrenhafter Mensch bezeichnet, ist gezwungen zu vermeiden, daß diese Pläne der US-Regierung durchgeführt werden, indem die antiinterventionistische Bewegung gestärkt wird. Indem wir den Hauptfeind erkennen, gegen den wir kämpfen müssen.

Für keinen ist es ein Geheimnis, daß es Dinge gibt, die uns trennen. Aber es gibt viel mehr Dinge, die uns vereinen. Es gibt mehr Dinge, die uns hier vereinen in dieser antiinterventionistischen Bewegung.

Handeln wir für die Kinder, die in der Welt kein Brot haben! Für die, die wegen Hunger, Kälte und Arbeitslosigkeit sterben. Jedes achte Kind in Zentralamerika stirbt vor Erreichung des ersten Lebensjahres; jeder zweite Jugendliche in Zentralamerika ist Analphabet; drei von zehn Zentralamerikanern haben keine Arbeit und keine soziale Absicherung; 12 Millionen Zentralamerikaner haben kein Dach über dem Kopf: Das sind die Gründe der Revolution!

Auf diesem Kongreß wollen wir proklamieren: Beendet den Hunger und beendet die Ausbeutung! Handeln wir, compañeros, für die Völker, die mit einem hohen Preis an Opfern ihrer besten Kinder das Recht erkämpft haben, den Weg einzuschlagen, den sie erwählt haben!

Stärken wir die antiinterventionistische Bewegung! Und wir werden den Frieden und die Revolution erkämpfen! Patria o Muerte! (Vaterland oder Tod!)

Venceremos! (Wir werden siegen!)



Eduardo Galeano

Die Revolution – Antwort auf den Krieg gegen das Volk

Wenn man die internationalen Statistiken liest, fragt man sich: In was für einer Welt leben wir eigentlich? In einem gigantischen Irrenhaus? Auf einem Schlachthof? Wer hat dieses Stück geschrieben, das wir aufführen müssen, welcher verrückte oder euphorische Henker? Hat die Geschichte gelogen, als sie uns Frieden und Fortschritt versprach?

10.000 Menschen sterben täglich an Hunger, aber täglich gibt die Welt mehr als 1 Mrd Dollar aus für Armeen und für Rüstungsgüter. Die Gegenüberstellung der Militärausgaben mit Daten über Analphabetismus, Krankheit und Unterentwicklung lassen einen schauern vor Entsetzen, wenn man bedenkt, daß mit den Kosten für einen Panzer 500 Klassenzimmer eingerichtet werden könnten, daß ein Düsenjäger 40.000 Apotheken entspricht, und daß für den Preis eines Zerstörers 9 Mio Menschen mit Elektrizität versorgt werden könnten.

Zeitbomben Hunger ...

Selbst wenn die Waffen ruhen und niemals zur Anwendung kämen, würden sie die Finanzmittel der Weltwirtschaft verschlingen. Aber selbstverständlich kommen sie zur Anwendung! Nicht gegen den Hunger, sondern gegen die Hungertendenzen.

Kriegswirtschaft in Friedenszeiten? Aber welcher Friede? Obwohl kein einziger Schuß gefallen war und keine einzige Bombe detoniert, forderte und fordert ein geheimer, nie erklärter Krieg 30 Mio Opfer pro Jahr, in Ländern wie zum Beispiel El Salvador und Guatemala. 30 Mio Menschen sterben jedes Jahr an Hunger. In der Welt? Oh nein, in der Dritten Welt, oder, anders ausgedrückt: in einer anderen Welt.

Der Terminus Dritte Welt, vor Jahren von Alfred Sauvy ins Leben gerufen, ohne daß geahnt werden konnte, daß er von den reichen Ländern als Alibi benutzt werden würde, hat eine unglückliche Entwicklung mitgemacht. Die sog. Dritte Welt fügt sich ein in die kapitalistische Welt, aus dem einfachen Grunde, weil die Unterentwicklung keine Entwicklungsphase ist, sondern die historische Konsequenz der fremdbestimmten Entwicklung. Heute, am Ende der langen Geschichte der Ausbeutung, die vertuscht und verleugnet wird, aber dennoch schmerzliche Realität ist, sind einige Länder arm, weil andere Länder reich sind.

Überfluß – besteht er an den Gütern der Welt selber, oder aber an den Mitteln zur Verteidigung des Überflusses? Könnte die ungleiche Güterverteilung in der Welt sich einen Tag lang halten, wenn die privilegierten Länder und die sozialen Schichten, die an Überfluß gewohnt sind, nicht bis an die Zähne bewaffnet wären? (...)

Wie könnten, ohne ein Bajonett hinter jedem Rücken, beispielsweise diejenigen regieren, die die Demokratie in Chile im Blut erstickt haben? Wie könnte man sonst erreichen, daß Millionen von Chilenen sich von Nudeln ernähren, um zu überleben, während die Sieger jeden Tag ihr Baguette-Brot aus Paris bekommen und ihren Whisky mit Wasser aus Schottland trinken?

In diesem Rahmen ist die Krise Zentralamerikas entstanden. In diesen allgemeinen Rahmen gehört das Bombardement an Drohungen gegen Nikaragua, die Anklagen gegen Kuba, den roten Teufel mit Hörnern und langem Schwanz, allgegenwärtig wie Gott – und die sich verschärfende imperialistische Intervention in El Salvador und Guatemala.

Der revolutionäre Aufbruch in Zentralamerika ist eine grundlegende Antwort auf den geheimen Krieg, der Kinder verhungern läßt, und auf die Gewalt, die Länder und Völker einkerkert. Es sind Kriege gegen den Krieg, die jene Region erschüttern, Befreiungskriege, die die Ursachen des Krieges angreifen, Kriege gegen den täglichen Krieg, der die Arbeiterklasse ausbeutet, Kriege gegen den falschen Frieden der Gefängnisse und Friedhöfe, Kriege des Volkes für den einzigen Frieden, der den Namen Frieden verdient – für den Frieden, der die Würde des Menschen garantiert.

Zielend auf tiefgreifende Veränderungen prallt die Herausforderung durch das Volk mit dem System aufeinander und demaskiert es: die imperialistische Macht, bedroht in ihren Domänen, befiehlt Vernichtung, und der Staatsterrorismus zeigt alle seine Zähne. Die Herren des Terrors, die Terroristen in Uniform, nennen ihre Opfer Terroristen.

... und Staatsterrorismus

Ein einziges Beispiel zur Verdeutlichung, entnommen den letzten Informationen der Gruppe für „Verschwundene“ in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen: in El Salvador sind 87 Kinder unter 14 Jahren von Militäreinheiten gefangenengenommen worden. Diesen Kindern warf man vor, Terroristen zu sein. Diese Kinder sind verschwunden.

Jeanne Kirkpatrick, Vertreterin des Präsidenten Reagan, sagte in einer Pressekonferenz, daß Somoza (im Juli 1979 gestürzter Diktator Nikaraguas; d. Red.) den Sandinisten vorzuziehen sei. Ehrlicher wäre es gewesen, zu sagen, sie zöge William Walker vor. William Walker war ein nordamerikanischer Pirat, der sich vor mehr als einem Jahrhundert, im Jahre 1856, zum Präsidenten von Nikaragua und El Salvador ernannte und die Negerklaverei in diesen Ländern wieder einführte.

Die Vereinigten Staaten (USA), die sich ein halbes Jahrhundert lang weigerten, die Unabhängigkeit Haitis anzuer-



Identifizierung eines Repressionsopters in El Salvador

kennen, erkannten unverzüglich die Regierung dieses Filibusters an und entsandten ihren Botschafter. Im Jahr darauf wurde Walker von den Patrioten Zentralamerikas verjagt. Aber Präsident Buchanan erklärte aus Washington: „Es liegt an der Bestimmung unserer Rasse. Unsere Expansion wird sich in den Süden fortsetzen und niemand wird sie aufhalten. In kurzer Zeit Zentralamerika...“ Zehn Jahre zuvor hatte eine nordamerikanische Invasion Mexiko die Hälfte seines Territoriums entrissen.

Die Geschichte der nordamerikanischen Interventionen in Zentralamerika und in der Karibik wie im übrigen Lateinamerika – eine Geschichte unablässiger Gemeinheiten und Greuel – begleitet Schritt auf Schritt das Erscheinen und die Konsolidierung der USA als Weltmacht. Wir wollen diese Geschichte hier nicht widergeben. Es reicht, die aktuelle Realität jener Länder zu sehen, deren Diktator oder derzeitiger Präsident handelt, als ob er Botschafter der USA sei. Der Botschafter der USA handelt wie ein Vizekönig und der Wirtschaftsminister wie sein Steuereintreiber, während der Oberbefehlshaber der Streitkräfte den besiegten Indios den Skalp abzieht.

Es mag genügen, daran zu erinnern, daß beispielsweise die tragische derzeitige Situation Guatemalas vor etwa 30 Jahren begann, im Jahre 1954. Damals rüsteten die USA eine Invasionsarmee aus und begleiteten sie, die eine demokratisch gewählte Regierung mit Feuer und Schwert liquidierte, nur weil sie den subversiven Einfall hatte, eine Agrarreform in die Wege zu leiten. Jahre später, in den 60er Jahren, machten die USA aus Guatemala ein Experimentierfeld für die Technik des „schmutzigen Krieges“, um den Kampf der vertriebenen Campesinos niederzuschlagen. In Vietnam wurden diese Techniken erprobt.

Guatemala war das erste lateinamerikanische Land, in dem die Technik des Verschwindenlassens in großem Maßstab entwickelt wurde. Heute wird sie dort weiter angewandt, in El Salvador ebenfalls wie auch in den anderen Ländern, die von Entführern regiert werden. In Argentinien hat diese Technik nicht weniger als 20.000 Opfer gefordert, die der Machtapparat verschlungen hat, um Spuren zu verwischen.

Traurigerweise zeigt die Realität seit Jahren, daß die nordamerikanischen Ausbildungszentren für lateinamerikanische Militärs Diktatoren in Serie produzieren. Dort haben sie Appetit auf Menschenfleisch bekommen. Dort haben sie gelernt, mit dem Verrat zu regieren, diese Generäle, die direkt oder in ziviler Maske die Mehrheit unserer Länder regieren.

Bisweilen stolpern diese Strohmänner über den aufwallenden Volkszorn. Die Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen hat kürzlich darüber informiert, daß die Streitkräfte und paramilitärischen Gruppen El Salvadors für fast alle politischen Morde des vergangenen Jahres verantwortlich sind, 11.000 Morde außerhalb der militärischen Auseinandersetzungen. Indessen schätzen einige informierte Journalisten diese Zahl um ein Vielfaches höher ein und vermelden, daß die salvadorianischen Militärs 40 Zivilisten töten für jeden Guerillero, den sie erledigen.

Aber trotzdem nützt es nichts. Der CIA hat Präsident Reagan darauf aufmerksam gemacht, daß der Krieg ohne direktes und massives Eingreifen nordamerikanischer Truppen nicht gewonnen werden kann. Steigende Lieferungen von Waffen und „Beratern“ haben bislang nur die Anzahl der Toten vergrößert, aber nicht die Macht der Diktatur.

Aus der Sicht der Mehrheit der westlichen Medien betrachtet, gibt es in der Welt Tote zweiter Klasse. Es sind die Opfer der Programme des Imperialismus, in den Ländern zweiter Klasse die Justierschrauben ihrer weltumspannenden Herrschaftsmaschinerie nachzustellen. 50 Verbrechen pro Tag in El Salvador oder Guatemala gehören zur „Naturordnung“, sind „normal“. Und selten billigt man ihnen mehr zu als ein makabres Foto oder irgendeinen Artikel über die malerischen Aspekte des Horrors.

Einige verdienen in der ungleichen Einteilung der Welt Solidarität, andere allenfalls Mitleid oder Bedauern. Was wäre mit Andrej Sacharow geschehen, falls er in El Salvador geboren worden wäre? Hätte Lech Walesa eine solche Berühmtheit erlangt, wäre er ein Arbeiterführer aus Guatemala? Würde Lech Walesa noch leben, wenn er ein Arbeiterführer aus Guatemala wäre?

Die Diktatur des José Napoleón Duarte hat mit großem Wirbel lauthals verkündet, daß die Militärs festgenommen würden, die für die Vergewaltigung und Ermordung der vier nordamerikanischen Nonnen in El Salvador verantwortlich sind. Niemals wird Duarte die Verhaftung der Militärs ankündigen, die für die nicht weniger grauenvollen Morde an Tausenden und Abertausenden seiner Landsleute verantwortlich sind: kastrierte, enthauptete oder lebendig verbrannte Campesinos.

Das Verbrechen an den nordamerikanischen Nonnen war ein gefährlicher Fehler des Regimes. Das Abschlagen von Salvadorianern ist eine Notwendigkeit und ein Verdienst. (...) Eine immense Maschinerie der Manipulation beabsichtigt uns in das Zeitalter des Kalten Krieges zurückzuführen. Das Manöver ist nicht harmlos: Es wird versucht, die zentralamerikanische Revolution zu reduzieren auf die Ebene des Ost-West-Konflikts, um ihr eine sowjetische Konspiration unterzuschieben und um ihre tiefergehenden nationalen Wurzeln zu verdecken. Und man versucht vor allem, die Schuldigen für soviel vergossenes Blut zu verstecken und sie freizusprechen. (...)

Empörend für das Herz und beleidigend für den Verstand sind die Rechtfertigungen für die fortgesetzte imperialistische Intervention in Zentralamerika.

Die USA waren das erste Land, das die Sandinistas um Wirtschafts- und Militärhilfe gebeten haben, nachdem sie die Diktatur Somozas gestürzt hatten. Sie fanden dort verschlossene Türen vor, an Bedingungen geknüpfte, amputierte Kredite, Drohungen: die größte Macht der Geschichte hält Nikaragua für gefährlich, ein kleines Land in Ruinen, verwüstet von einer langen Diktatur, einem Erdbeben und einem Krieg. Sie sagen das, was Roosevelt (US-Präsident in den 30er/40er Jahren; d. Red.) gesagt hat: „Somoza ist ein Hurensohn, aber er ist unser Sohn.“

Wenn Nikaragua Nikaragua sein will und sich durch seine Revolution selbst zu entdecken beginnt, greift Reagan zum 45er Colt. Um die Wasser- und Erdwärme-Energie zu entwickeln, benötigt Nikaragua 800 Mio Dollar. Mit diesem Hebel würde das Land einen ungeheuren Aufschwung erleben.

US-Vorherrschaft: Geschichte der Gemeinheiten

Die Summe erscheint riesig, aber es ist 845 mal weniger als die Summe, die die USA dafür verwendeten, zu verhindern, daß Vietnam zu Vietnam werden konnte, während des langen Krieges in Südostasien (von 1964-75; d. Red.). Zum Töten von Vietnamesen gaben die USA 676 Mrd Dollar aus; nur für Explosivstoffe vergeudeten sie den Gegenwert von 200 Hiroshima-Bomben.

Wieviel geben sie aus und wieviel werden sie noch ausgeben, um zu verhindern, daß El Salvador El Salvador wird? Wir kennen die Vorwände. Wird Irgendjemand ernsthaft glauben, die sowjetischen Agenten seien Schuld daran, daß die Salvadorianer den niedrigsten Kalorienverbrauch Lateinamerikas haben? Von zehn salvadorianischen Kindern sind acht unterernährt. Dies ist die Gewalt, aus der die Gewalt kommt.

Demokratie war früher in El Salvador die Herrschaft von 14 Familien. Heute ist sie die Herrschaft von 244 Familien und Wahlen unter Belagerungszustand, eine Farce, an die keiner glaubt. Dies ist die Gewalt, aus der die Gewalt kommt.

Vor zwei Jahren haben die Streitkräfte in El Salvador das Land besetzt. Sie haben den landwirtschaftlichen Kooperativen 5% des Landes gegeben und nannten das „Landreform“. Bis Ende 1980 haben die Streitkräfte 200 Führer dieser Kooperativen ermordet. Dies ist der Krieg, aus dem der Krieg kommt. (...)

MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Diese neue sozialistische Monatszeitschrift wird herausgegeben von einem breiten Spektrum der sozialistischen Linken. Mit dieser Zeitung wollen wir den „Parteibildungsprozess von unten“ fördern, der sich in der „grünalternativen Wahlbewegung“ zeigt und in der Herausbildung anderer vielfältiger Bewegungen und Initiativen. Wir unterstützen so die Versuche, Politik und Interventionsfähigkeit der westdeutschen Linken zu erlangen, und wir wollen die Beziehungen diskutieren, die zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung bestehen.

Die Krise der Linken und die bisherigen Fehler ihrer Politik bedarf einer neuen **Initiative Sozialistischer Politik**, breiter theoretischer Debatte und lebendiger Praxis.

Schwerpunkte:

Die MOZ erscheint am 15. jeden Monats.
Die Auflage der MOZ beträgt jetzt über 16000 Exemplare.
Die Schwerpunkte der neuesten Ausgabe 2/82 sind:

Was wollen die demokratischen Sozialisten?: Interview mit Manfred Coppik, MdB – Analysen und Kommentare zur Krise des sozialdemokratischen Staates – Arno Klönne zur Geschichte der Linksozialisten in der BRD. **Polnisches Nachbeben:** Texte zur Polensolidarität und den Aufgaben der Linken. **Wohnungspolitik:** Stadterneuerung und soziale Wohnungspolitik. **Mittelamerika:** Interview und Kommentar zur US-Aggression. **Magazin und Wahlbewegung:** Grüne und Landtagswahlen in Niedersachsen – Grüne und Alternative Liste in HH – Grünalternative Listenbildung in Bremen. **US-Strategien und Weltwirtschaftskrise:** G. A. Frank, Reagans Wirtschaftspolitik – M. Masserat, US-Strategie und Kriegsgefahr. **Linke Selbstverständigung:** W. Goltermann, KB-Kongress – Interview mit G. Bastian, Buchbesprechungen, Leserbriefe. . .

Aboaktion

Als Abowerbeaktion bekommt jeder Abonnent, der mit unterstehendem Coupon ein Jahresabo (12 Ausgaben) für DM 48, – bestellt, die ersten 5 Hefte der MOZ im Wert von DM 20, – gratis.

Die MOZ kriegt Ihr in allen Buchläden,
Abos und Bestellungen von Probe-
exemplaren an:
MODERNE ZEITEN, Am
Taubenfelde 30,
3000 Hannover 1
Tel.: (05 11)
3234 17

Ich bestelle hiermit ein Jahresabo der MOZ ab 2/82 (12 Ausgaben) für DM 48, –. Ich kann diese Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.
 Rechnung erbeten
 Scheck liegt bei

Name _____

Straße _____

Ort _____

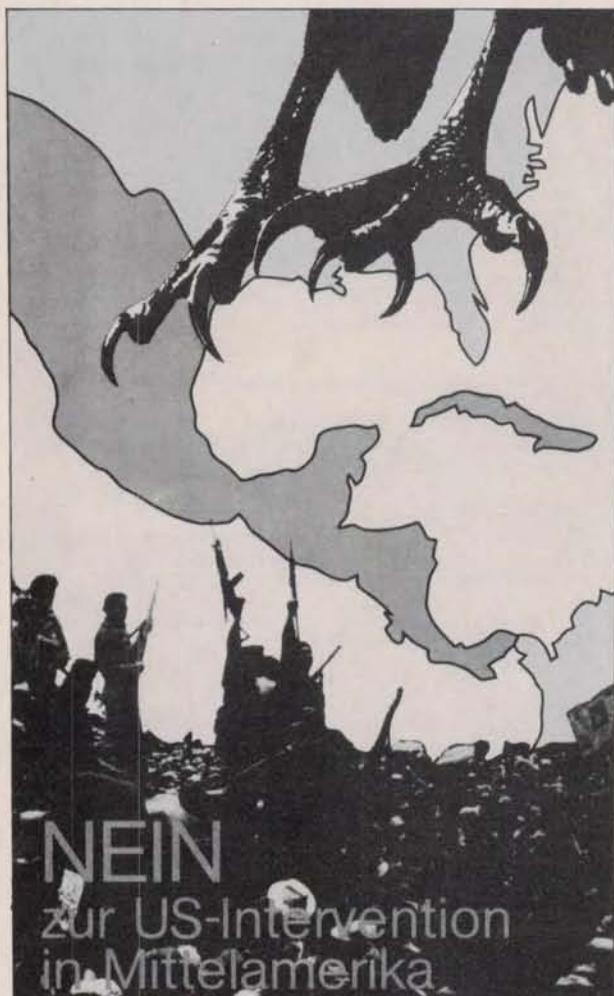
Unterschrift _____

Datum _____

(nur Postleitzahl und Zustellpostamt!)



ASK-Materialien für die aktive Solidarität zu El Salvador/Mittelamerika



BROT



FÜR EL SALVADOR

Spendet für die von der Befreiungsbewegung
kontrollierten Gebiete!

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PSchA Frankfurt/M.,
Kto.-Nr. 527055-602; Kennwort „Brot für El Salvador“

Plakat „Nein zur US-Intervention in Mittelamerika“ (s.o.), DIN-A2-Langformat, dreifarbig, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,30 DM

(Best.-Nr. B-0505)

Info El Salvador, mit Artikeln zum US-Interventionskurs in Mittelamerika, Zu den „Wahlen“, Rede Ortigas vor der UNO, Stellungnahme der FDR/FMLN, UNO-Resolution usw., DIN A4, 20 Seiten, Preis 2,- DM, ab 10 Ex. 1,70 DM

(Best.-Nr. B-0105)

Grafikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal und Vega, DIN-A4-Überformat, schwarz-weiß, Preis: 10,- DM, ab 10 Ex. 8,- DM

(Best.-Nr. B-0504)

Zur ASK-Kampagne der materiellen Solidarität mit den von der FMLN kontrollierten Gebieten „Brot für El Salvador“:

Aufruf, DIN A4, Rückseite frei für Eindruck, Preis je 100 Ex. 3,- DM (Best.-Nr. B-0101)

Faltblatt, DIN A5, 6 Seiten, Preis: 0,20 DM, ab 10 Ex. 0,15 DM (Best.-Nr. B-0102)

Plakat, DIN A2, Preis: 1,50 DM, ab 10 Ex. 1,20 DM (Best.-Nr. B-0501)

Broschüre „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des „Komitees von Santa Fé“ für den Präsidentschaftskandidaten Reagan, DIN A5, 48 Seiten, Preis: 3,- DM, ab 10 Ex. 2,70 DM

(Best.-Nr. B-0106)

Diese Materialien, eine umfangreiche Materialliste zu El Salvador sowie einen umfassenden Katalog gibt es bei:

Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK),

Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. (0611) 234659,

Spendenkonto: Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, PschA. Frankfurt/Main, Kennwort: El Salvador